

2 Warum dieses Thema?

Im Gesetz des Deutschen Bundestages zum Übereinkommen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird festgehalten, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet sein müssen und damit ebenso die Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderung zu achten und zu fördern (Bundestag 2008) sind. Für das Schulsystem wird im Artikel 24 dieses Gesetzes angeführt, dass Kindern und Jugendlichen der Zugang zu einem „integrativen Bildungssystem“ ermöglicht werden muss und sie dort so unterstützt werden müssen, dass erfolgreiche Bildung möglich wird und bestmögliche soziale und schulische Entwicklung gestattet wird.

Aus Sicht der Autorin, mit mittlerweile sieben Jahren Berufserfahrung in Regel- und Förderschulen, sowohl als Klassen-, Fach- und Beratungslehrerin, ist nur die Regelschule der Ort, an dem dieser Forderung entsprochen werden kann und eine gleichberechtigte Teilhabe in die Gesellschaft gewährleistet werden muss.

Zu Beginn des Sonderpädagogikstudiums der Autorin im Jahre 1999 war es die Ausnahme, wenn Kinder mit Behinderung in der wohnortnahen Grundschule zusammen mit allen anderen gleichaltrigen Kindern aus der Umgebung beschult wurden. Dem unermüdlichen Einsatz engagierter Eltern war es zu verdanken, wenn diese Beschulung überhaupt realisiert wurde. In den meisten Fällen übernahm eine Regelschullehrkraft die Klassenleitung, die sich vorstellen konnte, diesen Versuch zu wagen. Unterstützt wurde sie dann von einer Lehrkraft aus der nächstgelegenen Förderschule, die mit einer bestimmten Anzahl von Stunden in die Regelschule entsandt wurde und sich meist freiwillig dazu bereit erklärte. Für diese Einzelprojekte existierte in der Regel keine feste Vorgehensweise und so hing das Gelingen dieser Beschulung vom Engagement aller Beteiligten ab. Problematisch dabei war, dass die Regelschulen und die dortigen Lehrkräfte sich kaum auf diese Aufgabe vorbereitet sahen und oft der Eindruck entstand, dass die Sonderpädagogen nun diejenigen seien, die realisieren sollten, dass diese Maßnahme erfolgreich verläuft, da die Sonderpädagogen schließlich diejenigen Fachleute für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sein müssten. Da den Sonderpädagogen in der Regel nur wenige Förderstunden in der Regelschule zugebilligt wurden, traten sie nur sporadisch in den Kollegien der Regelschulen auf, was dazu führte, dass sie sich dort meist nicht als fester

Bestandteil des Kollegiums etablierten, sondern eher als Gäste (im schlimmsten Fall sogar als Fremdkörper) empfunden wurden und sich auch selbst so empfanden. Beziehungsarbeit innerhalb des Kollegiums wurde dadurch erschwert. Bei ihrer Arbeit als Sonderpädagogin in inklusiven Unterrichtssettings hat die Autorin diese Erfahrung machen müssen. Vielerorts wurde ihr die Erwartung entgegengebracht, als Sonderpädagogin eine „Patentlösung“ für die gemeinsame Beschulung von allen Kindern mitzubringen. Allen Beteiligten wird allerdings schnell klar, dass es keine „Patentlösung“ gibt, sondern nur durch die gemeinsame Arbeit beider Pädagogen in der Klasse eine Beschulung aller Kinder möglich ist. Viele Kollegen lassen sich nach und nach auf diesen gemeinsamen Gestaltungsprozess ein. Immer wieder sind aber auch Pädagogen anzutreffen, die eine Zusammenarbeit gleich zu Beginn ausschließen. In der Metaanalyse von Boer, Pijl und Minnaert (2011) werden auf der Ebene der Einstellung folgende drei Komponenten unterschieden: die kognitive Komponente, die mit Wissen und subjektiven Überzeugungen in Verbindung gebracht wird, die affektive Komponente mit Bezug auf die eigenen Gefühle und die Verhaltenskomponente, die mit einer bestimmten Art zu Handeln in Verbindung steht. Nach Erfahrung der Autorin lassen sich die Lehrkräfte, die der Inklusion eher ablehnend gegenüber stehen, wie folgt gruppieren: Auf der einen Seite stehen dabei die Kollegen, die schon viele Reformen im Schulsystem mitgemacht haben und müde sind, sich auf weitere „Experimente“ einzulassen, die möglicherweise doch wieder verworfen werden. Sie sind nicht prinzipiell gegen Inklusion eingestellt, sondern lehnen eher eine erneute Veränderung ab, die viele Umstellungen für die eigene Arbeit mit sich bringen. Möglicherweise handelt es sich dabei um die Gruppe der Lehrkräfte die der Metaanalyse von Boer, Pijl und Minnaert (2011) zufolge der Inklusion mit einer unentschlossenen oder neutralen Haltung gegenüber stehen. Auf der anderen Seite stehen die Kollegen, die gegen Inklusion eingestellt sind und dafür unterschiedliche Gründe haben. Möglicherweise hadern sie z. B. mit schlechten situativen Rahmenbedingungen, mangelnder Ausbildung oder sie gehen fälschlicherweise davon aus, dass es Sinn von Inklusionsmaßnahmen sei, allen Kindern dazu zu verhelfen, die gleichen Lernziele zu erreichen (nach Boer, Pijl und Minnaert wäre hier die kognitive Komponente angesprochen). Manche Lehrkräfte haben Berührungsängste oder Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung (nach Boer, Pijl und Minnaert handelt es sich hier um die affektive Komponente der Einstellung). Die zitierte Metaanalyse deutet darauf hin, dass es neben der Erfahrung in inklusiven Unterrichtssettings die Ausbildung und darin eingeschlossen die Auseinandersetzung mit inklusiver Beschulung sind, die einen Einfluss auf die Einstellung haben (Boer, Pijl und Minnaert 2011).

Mit diesen Kollegen in gutem Kontakt zu bleiben, zu erfahren, woher diese ablehnende Haltung kommt und die Kollegen Schritt für Schritt für die gemeinsame Beschulung zu gewinnen, stellt eine große Herausforderung dar. Um an diesen Herausforderungen nicht zu scheitern, ist es notwendig, darauf vorbereitet

zu sein und entsprechende professionelle Handlungsweisen zu kennen und auch zur Anwendung zu bringen. Sehen sich Lehrkräfte nicht in der Lage, solche Herausforderungen zu meistern, könnte das über kurz oder lang dazu führen, dass sie sich überfordert fühlen und der beruflichen Belastung möglicherweise nicht Stand halten könnten. Langfristig gesehen können Burnout und stressbedingte Erkrankungen die Folge sein.

Mit den Veränderungen im Schulsystem, die durch die Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention angestoßen worden sind, nimmt die gemeinsame Beschulung von allen Kindern und Jugendlichen erfreulicherweise zu (s. Kapitel 3.2.1). Die Verbesserung der Rahmenbedingungen geht aber zumeist langsamer vonstatten, zumal die Frage, was getan werden müsste, um günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, gerade diskutiert wird und noch nicht beantwortet ist, bzw. auch die finanziellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, andere Rahmenbedingungen zu schaffen. Dadurch, dass den betreffenden Pädagogen keine Wahl bleibt und sie die gemeinsame Beschulung mittragen müssen, sehen sich fast alle Lehrkräfte irgendwann in ihrem Berufsleben mit dieser Herausforderung konfrontiert.

Vielen Berichten von Studierenden ist zu entnehmen, dass sie keine gelungenen Beispiele für Zusammenarbeit von Lehrkräften in inklusiven Unterrichtssettings kennen und verunsichert sind, wie sie diese Herausforderung angehen sollen. Darüber hinaus konnte die Autorin in Diskussionen mit Studierenden feststellen, dass ein Großteil dieser angehenden Sonderpädagoginnen zwar der Meinung ist, dass die gemeinsame Beschulung von allen Kindern gut, richtig und sogar sinnvoll ist, in einer tiefergehenden Diskussion aber kaum Argumente vorgebracht werden, warum diese Meinung vertreten wird. Es entstand der Eindruck, dass viele der Studierenden, die der inklusiven Beschulung gegenüber positiv eingestellt sind, sich zu wenig und nur oberflächlich inhaltlich auseinandergesetzt haben und sozusagen dem Mainstream folgen.

In einer Studie in der fast 1400 Lehramtsstudierende der Universitäten München und Passau befragt wurden, konnten Schramm et al. (2012) zeigen, dass sich der Standpunkt der Studierenden der Sonderpädagogik gegenüber der Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschulen im Laufe des Studiums ändert. Zu Beginn des Studiums war es den Studierenden der Sonderpädagogik wichtiger als den Studierenden der anderen Lehramter, dass Kinder mit Behinderung integrativ beschult werden (Schramm et al. 2012). Zum zweiten Messzeitpunkt im vierten Semester sank diese Einschätzung deutlich. Die Autoren der Studie mutmaßen, dass diese Einstellungsänderung kaum auf mangelnde Praxiserfahrung zurückzuführen ist, da die Studierende bis zu diesem Zeitpunkt bereits Praktika absolvieren mussten. Sie gehen viel eher davon aus, dass das Curriculum die Auseinandersetzung mit diesem Thema vernachlässigt. Die in der Einleitung bereits zitierte Studie von Forlin und Chambers (2011) bestätigt

darüber hinaus, dass die Zunahme von Fachwissen keine Einstellungsänderung im Sinne einer Befürwortung von inklusivem Unterricht mit sich bringt.

Um eine Sache überzeugend zu vertreten, v.a. auch in Gesprächen mit Kritikern, ist eine fundierte Auseinandersetzung nötig, die nicht nur an Fachwissen ausgerichtet ist. Es ist dazu unabdingbar, die eigenen Überzeugungen kritisch zu hinterfragen und erhöhte Standpunktfestigkeit zu erlangen (unabhängig von pro oder contra). Um den Berufseinstieg und das bevorstehende Berufsleben erfolgreich zu meistern, ist es für die Studierenden daher wichtig, nicht nur Fachwissen anzuhäufen, sondern auch ihren Standpunkt zu prüfen, um festzustellen, ob sie belastbare Argumente ins Feld führen können und diese auch nachhaltig vertreten können. Den Studierenden im Rahmen des Studiums neben der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung eine solche Möglichkeit zur sachlichen Auseinandersetzung mit den eigenen Überzeugungen zu geben, erscheint aus Sicht der Autorin dringend notwendig und auch die Befunde von Forlin und Chambers (2011) sowie Schramm et al. (2012) bestätigen das.

Um zu erfahren, was es bedeutet auf der Grundlage der eigenen Überzeugung zu handeln und zu erfahren, inwieweit man das selbst tut, liegt die Verbindung zu den modernen kognitiv-verhaltenstherapeutischen Ansätzen der dritten psychotherapeutischen Welle (hier insbesondere die sogenannte „Akzeptanz- und Commitment-Therapie“, kurz ACT) auf der Hand. Diese Verbindung ergab sich durch eine intensive Beschäftigung mit Therapieverfahren, die schon immer in Lehrertrainings in abgewandelter Form zum Einsatz kamen. Unter den Therapieverfahren der sogenannten „Dritten Welle“ der Verhaltenstherapie, ist ACT das einzige Verfahren, das psychische Flexibilität fördert und engagiertes Handeln auf der Grundlage der eigenen Überzeugung und Werteorientierung in den Mittelpunkt stellt (Hayes, Strosahl und Wilson 2011). Genau dies mit Studierenden der Sonderpädagogik zur erarbeiten und ihnen den Freiraum zu lassen, sich eine eigene fundierte Meinung zu bilden, die Orientierung für eigenes Handeln gibt, erscheint, neben der Vermittlung von Fachwissen, erfolgversprechend für eine gute Vorbereitung der Studierenden auf ihr zukünftiges Berufsleben. Durch diese Orientierung wird die Verbesserung der persönlichen Belastbarkeit erreicht, was in ACT-basierten Stressreduktionstrainings bereits nachgewiesen ist und im Folgenden dargestellt wird. Seit fast 15 Jahren führt ein Team um Frank Bond ACT- Interventionen am Arbeitsplatz durch und kommt zu dem Schluss, dass es insbesondere die Faktoren „psychisches Wohlbefinden“ und „Innovationsbereitschaft“ sind, die durch ACT gefördert werden und für diesen positiven Effekt verantwortlich zeichnen (Bond und Bunce 2000, 2003; Bond und Dryden 2002; Bond und Hayes 2002). Erste vielversprechende Befunde liegen im englischen Sprachraum ebenfalls für Personen (Lehrer, Erzieher usw.) vor, die mit Menschen mit Behinderung arbeiten (Biglan et al. 2012; Bethay et al. 2013), worauf die Annahme fußt, dass sich ACT auch in der Arbeit mit Studierenden

der Sonderpädagogik als effektiv erweisen kann. Die hier nur kurz angesprochenen Befunde werden in Kapitel 3.4.4 noch einmal ausführlicher dargestellt.

Zur Themenwahl folgende abschließende Bemerkung: Dadurch, dass die Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem rechtlich verbindlich ist und nur erfolgreich verlaufen wird, wenn sie von den Lehrkräften mitgetragen wird, könnte leicht der Eindruck entstehen, dass Studierenden eine bestimmte Haltung nahe gelegt werden solle, um mit der zu dieser Entwicklung passenden Überzeugung ins Berufsleben zu starten. Hierzu kann festgehalten werden, dass die Autorin, auch um diesem Vorwurf keinen Nährboden zu bieten, die Konzeption eines Lehrertrainings für sinnvoll hält, die sich nicht inhaltlich auf das Thema „Inklusion“ fokussiert, sondern lediglich aufzeigt, dass eigenes Handeln Orientierung braucht, wenn nicht nur die berufliche, sondern auch die allgemeine Lebenszufriedenheit angestrebt wird (Hayes, Strosahl und Wilson 2011). Die Verantwortung für die Berufswahl liegt bei den Studierenden und so liegt es auch bei den Studierenden selbst, zu erkennen, wenn sie von diesen Entwicklungen im Schulsystem womöglich inhaltlich nicht überzeugt sind und ihre Berufswahl daher überdenken müssen. Hier soll also kein Studierender bedrängt werden eine bestimmte Meinung kritiklos zu übernehmen, sondern ein Beitrag zur Meinungsbildung geleistet werden – in die eine oder in weitere Richtungen.

Akzeptanz und Commitment in der inklusiven
Lehrerbildung
Lehrerprofessionalisierung über Persönlichkeitsbildung
Pülschen, S.
2016, VIII, 217 S. 49 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-11971-3